

Bundesbank

Kein Geld für Scholz

Natürlich ist die Deutsche Bundesbank kein gewinnorientiertes privates Unternehmen. Doch die Quintessenz der Bilanzpressekonferenz zum abgelaufenen Geschäftsjahr hatte es dennoch in sich: Zum ersten Mal seit 1979 und damit seit 42 Jahren wird die Deutsche Bundesbank keinen Gewinn an die Bundesregierung ausschütten, da sie nur ein ausgeglichenes Ergebnis erzielte. Seit Gründung der deutschen Bundesbank im Jahr 1957 gab es insgesamt nur zehn Jahre, in denen das Institut keinen Gewinn an das Finanzministerium überwies.

Bundesbankpräsident Dr. Jens Weidmann begründete die ausgefallene Ausschüttung in erster Linie mit der erhöhten Risikovorsorge. Die Wagnisrückstellung wurde um weitere 2,4 Milliarden Euro auf 18,8 Milliarden Euro ausgeweitet. Doch Weidmann warnte auch zugleich, dass damit der Anstieg der Risiken im vergangenen Jahr nur zum Teil abgedeckt wurde. Aber nicht nur die Rückstellungen haben das Ergebnis belastet. Gleichzeitig sanken die Zinserträge aus den geldpolitischen Wertpapierbeständen und den Devisen. Das konnten höhere Erträge aus der Negativverzinsung der Einlagen nicht ausgleichen.

Beim Blick auf die Bilanz kann es einem schwindelig werden. Die Bilanzsumme wurde um weitere 42 Prozent beziehungsweise fast 750 Milliarden Euro auf 2,53 Billionen Euro aufgepumpt. Die absolute Zunahme war höher als in den Jahren 2016 und 2017 kumuliert! Damit liegt die Bilanzsumme derzeit 150 Prozent über dem Wert von 2015. Das sind Zahlen, die man erst einmal wirken lassen muss. Auf der Aktivseite der Bilanz waren dafür die langfristigen Refinanzierungsprogramme für Banken, die geldpolitischen Wertpapierkäufe und stark gestiegene Liquiditätszuflüsse durch Target2-Forderungen verantwortlich. Alle drei Posten dürften auch im laufenden Jahr stark weiterwachsen, sodass zu befürchten steht, dass die Bilanzsumme in diesem Jahr auch noch die Marke von drei Billionen Euro locker überspringen wird.

Damit weitet sich die Geldmenge immer weiter aus – die Basis, auf der eine Inflation gedeihen kann. Die Rückkehr der Inflation – ein kleiner

Themenschwerpunkt der vorliegenden Ausgabe der ZfgK (siehe Seiten 12 bis 23). Auch Weidmann lieferte eine Prognose für den Preisauftrieb. Er und die Deutsche Bundesbank rechnen mit einem Anstieg der Inflationsrate zum Jahresende auf über drei Prozent. Allerdings schränkte er auch umgehend ein, dass er davon ausgehe, dass die Inflationsrate nur vorübergehend auf diesem Niveau verbleibe, da der Anstieg auf drei Sondereffekte zurückzuführen sei: die temporäre Mehrwertsteuersenkung beziehungsweise die Rückkehr auf den Normalwert, die zu Jahresbeginn eingeführte CO₂-Abgabe und eine Umstellung der Statistik. Weidmann rechnet für 2022 und danach wieder mit einer Rückkehr zur Normalität, da für einen anhaltenden Preisauftrieb ein stärkeres Lohnwachstum nötig wäre.

In seiner Auslassung zur aktuellen Geldpolitik warnt der Bundesbankpräsident ausdrücklich, dass die ganzen sehr lockeren Krisenmaßnahmen der Notenbanken zwar richtig seien, aber unbedingt zeitlich eng auf die Pandemie begrenzt sein sollten, da die Geldpolitik ja auch schon zuvor sehr locker gewesen sei. Er sieht die Gefahr, dass sonst irgendwann ein Punkt überschritten ist, an dem es (zu) schwer für die Notenbanken werden könnte, rechtzeitig mit steigenden Zinsen auf einen Preisauftrieb zu reagieren, da die eskalierenden Staatsschulden sonst zu nicht mehr tragfähigen Finanzierungskosten der Staaten führen. Es steht zu befürchten, dass dieser Point of no Return näher ist, als es allen lieb sein kann.

Asset Management I

Gutes Jahr für die Fondsbranche

„Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs hat kein Thema das weltweite Geschehen so beherrscht wie im vergangenen Jahr das Coronavirus.“ Damit hat der noch recht neue Präsident des Bundesverbands Investment Asset Management die virtuelle Pressekonferenz des Branchenverbands der deutschen Fondsindustrie eröffnet. Da dürfte Alexander Schindler wohl niemand widersprechen. Der Fondsindustrie geschadet hat es aber nicht. Denn die in der Krise gewachsene Zuneigung der Deutschen zum Kapitalmarkt schlägt sich auch in den Zahlen des BVI nieder.



Anders als bei manchen Börsenbetreibern oder Brokern war es für die Asset Manager zwar kein Rekordjahr. Aber dennoch ein sehr gutes: Netto flossen den Investmentfonds im vergangenen Jahr 127 Milliarden Euro zu. Nur in den Jahren 2017 (163 Milliarden Euro) und 2015 (193 Milliarden Euro) verzeichneten die Fondsgesellschaften höhere Mittelzuflüsse. Von den knapp 130 Milliarden Euro entfielen allein 80 Milliarden Euro auf die offenen Spezialfonds. Die offenen Publikumsfonds konnten immerhin noch 43 Milliarden Euro Zuflüsse verzeichnen. Klingt im ersten Moment zwar deutlich weniger, aber beim Blick auf die Zeitreihen sieht man gleich, dass die Publikumsfonds massiv aufgeholt haben. Während diese den Zufluss gegenüber dem Vorjahr mit 17,3 Milliarden Euro mehr als verdoppelt haben, sanken die Neumittelaufkommen bei den Spezialfonds um etwas mehr als 20 Prozent, nachdem diesen im Vorjahr noch mehr als 100 Milliarden Euro zufließen.

Überraschendes gab es auch innerhalb der Kategorien. So waren plötzlich Rentenfonds wieder gefragt – mit Mittelzuflüssen in Höhe von 2,4 Milliarden Euro, nachdem diese in den beiden Jahren zuvor Abflüsse hinzunehmen hatten. Auch die Geldmarktfonds verzeichneten Zuflüsse von mehr als sechs Milliarden Euro. Diese erlitten in den letzten Jahren ebenfalls meist eher Abflüsse. Bei den Spezialfonds haben sowohl Wertpapier- und Beteiligungsfonds als auch Sachwertfonds verloren, der Löwenanteil ging aber auf die Wertpapier- und Beteiligungsfonds zurück. Auch wenn die Zuflüsse keinen Rekord darstellten, das Nettovermögen zum Stichtag am Jahresende dafür schon: Die deutsche Fondsbranche verwaltete zu diesem Zeitpunkt 3,85 Billionen Euro – das sind gut 28 Prozent mehr als noch vor drei Jahren!

Hoffnungsträger für zukünftiges Wachstum bleibt das Megathema Nachhaltigkeit. Schindler wies darauf hin, dass im ersten Quartal 2020 den nachhaltigen Fonds 3,5 Milliarden Euro zufließen, während konventionelle Fonds 14,8 Milliarden Euro Abflüsse verzeichneten. Allerdings scheint sich das Blatt im Jahresverlauf wieder geändert zu haben, da im Gesamtjahr 48 Prozent der Zuflüsse in nachhaltige Publikumsfonds flossen. Doch das ist exakt die gleiche Quote wie ein Jahr zuvor.

Natürlich ging es bei der Präsentation der Zahlen auch und eigentlich in vorderster Linie um

die Lobbyarbeit des Verbands. Der BVI stellte eine Reihe Forderungen an die Politik – explizit jetzt für den nahenden Bundestagswahlkampf. Da kam allerdings wenig Neues. Neben den üblichen Forderungen der Förderung der kapitalgedeckten Altersvorsorge und dem Abbau der Überregulierung ist vor allem der konstruktive Vorschlag des European Impact Funds EIF erwähnenswert. Das dazugehörige Konzept wurde vom BVI bereits in einem Interview in der Ausgabe 2/2021 der ZfgK vorgestellt. Schindler schließt mit der Erkenntnis, dass der eingeschlagene Weg der Niedrigzinspolitik beibehalten werde und daher kein Weg an chancenreichen Anlagen vorbeiführe. Da schwingt natürlich auch Eigeninteresse mit, ist deswegen aber keinen Deut weniger richtig!

Kreditgenossenschaften I

Gewinneinbruch mit Ansage

Manchmal kommt es anders ... Das ist aber gar nicht so schlimm, solange es am Ende besser kommt. Natürlich fällt der Gewinn der DZ Bank im Vergleich mit dem Vorjahr etwas schmal aus. 1,46 Milliarden Euro vor Steuern sehen auf den ersten Blick gegenüber den 2,66 Milliarden Euro wie ein dramatischer Gewinneinbruch aus. Doch wenn verschiedene Faktoren berücksichtigt werden, relativiert sich der Zahlenvergleich recht schnell. 2019 war ein Ausnahmejahr im positiven Sinne. Dass das nicht einfach zu wiederholen sein würde, war allen Beteiligten klar. Schon bei der Bilanzpressekonferenz vor gut einem Jahr kündigte Cornelius Riese an: „Vor diesem Hintergrund rechnen wir 2020 mit einem Ergebnis innerhalb unserer nachhaltigen Ergebnisspanne von 1,5 bis 2 Milliarden Euro vor Steuern – allerdings eher am unteren Ende.“

Doch dann kam Corona. Zum Halbjahr 2020 wies das genossenschaftliche Spitzeninstitut einen Vorsteuergewinn von gerade einmal 552 Millionen Euro aus, ein Milliarden-Ergebnis im Geschäftsjahr 2020 werde wohl nicht erreichbar sein, hieß es. Es kam anders und es kam besser. Zum einen verliefen die wirtschaftliche Entwicklung und die Entwicklung der Kreditausfälle im zweiten Halbjahr deutlich besser als befürchtet. Zum anderen hilft der DZ Bank ihre diversifizierte Aufstellung. Irgendwo in diesem Konglomerat von selbstbewussten und selbstständigen Verbundunternehmen passiert im-

mer etwas Gutes. In Summe führte das dann dazu, dass die seit einigen Jahren vorgegebene Ergebnisspanne nahezu erreicht wurde.

Der Zinsüberschuss und der Provisionsüberschuss stiegen in Summe um 4,3 Prozent auf fast 5 Milliarden Euro. Das Handelsergebnis legte von 472 auf 552 Millionen zu. Im Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten fehlten vor allem die enormen positiven Effekte bei der DZ Hyp, es fiel von 255 Millionen Euro auf minus 22 Millionen Euro. Die Risikovorsorge verdoppelte sich von 329 Millionen Euro auf 678 Millionen Euro, wobei 220 Millionen Euro reinen „Vorratscharakter“ haben, also pauschal für eventuelle Corona-bedingte Einschläge gebildet wurden.

Auch 2020 trugen wieder nahezu alle Einheiten positiv zum Gesamtergebnis bei. Die Verbund- und Geschäftsbank erzielte einen Gewinn von 244 Millionen Euro (Im Vorjahr 293 Millionen Euro). Die Bausparkasse Schwäbisch Hall steuerte gebeutelt von der Niedrigzinsphase immerhin noch 81 Millionen Euro (189 Millionen Euro) bei, die R+V nach dem Ausnahmejahr 2019 mit 1,06 Milliarden Euro immerhin noch 277 Millionen Euro. Wenn man bedenkt, dass der normale Ergebnisbeitrag aus Wiesbaden bei rund 600 Millionen liegt, ist das zwar immer noch wenig, aber auch weniger dramatisch. Teambank und Union Investment lieferten stabil mit 154 Millionen Euro beziehungsweise 649 Millionen Euro ab. Gleiches gilt für die DZ Privatbank mit 38 Millionen Euro. Positiv verlief das Jahr auch bei DZ Hyp mit einem Ergebnis vor Steuern von 582 Millionen Euro (687 Millionen Euro). Verluste verbuchten – wenig überraschend – die DVB Bank mit 285 Millionen Euro (minus 108 Millionen Euro) und die VR Smart Finance mit 45 Millionen Euro (minus 10 Millionen Euro).

Während sich eines dieser wenigen Probleme der DZ Bank im kommenden Jahr lösen wird – für das Frühjahr 2022 wird die Verschmelzung der DVB Bank auf die DZ Bank angepeilt –, schiebt man ein anderes weiter vor sich her. „Die Zukunft der VR Smartfinance möchte ich überhaupt nicht infrage stellen“, stellte Uwe Fröhlich ziemlich entschieden fest. Er sieht die Leasingtochter als „Fintech in unserer Gruppe, das digitale Lösungen für das Firmenkundengeschäft erarbeite“. Warum sie dies aber immer noch eigenständig tun darf und Jahr für Jahr Geld kostet, in Form von Stützungsmaß-

nahmen, Risikovorsorge oder gar Verlusten, und nicht einfach in das Firmenkundengeschäft integriert wird, mag seine Gründe haben. Diese erschließen sich dem Betrachter von außen aber nicht auf den ersten und auch nicht auf den zweiten Blick. Aber es wäre ja auch fast schon langweilig, wenn alles im Hause der DZ Bank perfekt wäre.

Asset Management II

Union weiter auf Wachstumskurs

Sie haben es wieder getan. Und haben den einen oder anderen positiv überrascht. Denn wer glaubte, die Union Investment könne kaum mehr an die Rekordzahlen von 2019 anknüpfen, sieht sich getäuscht. Auch in einem Krisenjahr 2020 gelingt es dem genossenschaftlichen Fondsspezialisten, mehr als ordentlich abzuliefern. Und das ohne ähnliche Sondereffekte, wie diese das Jahr 2019 noch begünstigt haben. Mit 649 Millionen Euro liegt das Betriebsergebnis fast exakt auf dem Niveau des Vorjahres, lediglich eine Million fehlte. Die Assets under Management stiegen trotz der zwischenzeitlichen Turbulenzen an den Märkten erneut und liegen nun mit 386 Milliarden Euro um 18 Milliarden Euro über dem Vorjahr und um 216 Milliarden Euro (!) über dem Ergebnis des Jahres 2011. Seitdem ging es kontinuierlich aufwärts. Davon profitiert die DZ Bank als Eigentümer. Denn die Ausschüttung soll von 200 Millionen Euro auf 230 Millionen Euro erhöht werden. Davon profitieren aber auch die vermittelnden Volksbanken und Raiffeisenbanken. Die von der Union an sie gezahlten Provisionen sind 2020 auf stolze 1 123 Millionen Euro angewachsen. Wohl dem, der eine solche Tochter beziehungsweise Enkelin hat.

Die tiefe Verankerung im genossenschaftlichen Finanzverbund zeigt sich auch im Neugeschäft, das im abgelaufenen Geschäftsjahr vor allem von den Privatanlegern getragen wurde. Sie steuerten 8,8 Milliarden Euro zum – wie Union-Chef Hans Joachim Reinke es nannte – „respektablen“ Absatzergebnis von 15,3 Milliarden Euro bei. Mehr als respektabel ist es aber auch nicht, denn es ist das schlechteste Abschneiden der Union in den vergangenen sieben Jahren, in der Spitze lag das Absatzergebnis mit 26,2 Milliarden im Jahr 2015 sogar fast 11 Milliar-



den Euro höher. Stark nachgefragt wurden von den privaten Anlegern vor allem klassische Fondssparpläne. Das Nettomittelaufkommen institutioneller Gelder zog nach einer Verschnaufpause im ersten Halbjahr doch noch an und summierte sich zum Jahresende auf 6,3 Milliarden. In den vergangenen Monaten zeigten sich laut Reinke die fortschreitende Diversifizierung institutioneller Portfolios, die sich in mehr Anlageklassen und einer breiteren Länderallokation ausdrückt, ebenso wie der zunehmend heterogene Bedarf der professionellen Anlegerschaft an individueller Beratung mit Blick auf die Themen Regulierung, Risikotragfähigkeit und Ausschüttungsmodalitäten.

Eines ist privaten wie institutionellen Anlegern gleich: Die Bedeutung nachhaltiger Anlagen nimmt stetig zu, mit wachsender Geschwindigkeit. Alle bei der Union angelegten Gelder, die nach ESG-Kriterien gemanagt werden, die sogenannten Assets under ESG-Integration, summieren sich mittlerweile auf 278,1 Milliarden Euro. Hier zahlt sich aus, dass sich die Union Investment bereits seit einigen Jahren intensiv mit diesen Themenstellungen auseinandersetzt, wie Vorstandsmitglied Jens Wilhelm erläuterte. So wurden für 18000 Unternehmen detaillierte ESG-Analysen angefertigt, in mühevoller Kleinarbeit, denn es gebe kaum Transparenz in diesem Bereich.

Auch an anderer Stelle gab es trotz aller Zufriedenheit mit dem guten Abschneiden noch einmal Kritik: „Die Zinswende kommt nicht!“, stellt Reinke klar. Das habe dramatische Folgen für das Vermögen privater Haushalte, da real Werte vernichtet würden. Seit 2010 haben die Deutschen durch das Parken von Geldern auf Girokonten seiner Rechnung nach einen Wertverlust von rund 130 Milliarden Euro zu verkräften, allein 100 Milliarden Euro in den vergangenen drei Jahren. Entsprechend mahnte Reinke erneut an, dass die entsprechenden Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag mit Blick auf die Riester-Rente erfüllt werden müssen. Der Vorstandsvorsitzende hatte diesbezüglich vor einigen Wochen bereits einen sehr deutlichen Brief an Finanzminister Olaf Scholz geschrieben, aber wohl noch nicht einmal eine Antwort bekommen.

Für das eigene Haus ist Hans Joachim Reinke aber zuversichtlich: Insgesamt seien die Chancen im genossenschaftlichen Fondsgeschäft größer als die Risiken. Das hört sich gut an!

Kreditgenossenschaften II

Fusionstempo nimmt wieder zu

2020 war sicherlich in vielerlei Hinsicht ein Ausnahmejahr. Da wurde aufgrund der Herausforderungen bei der Organisation des eigenen Betriebes ebenso wie bei der Weiterreichung von Hilfsmitteln der Förderbanken und durch zahlreiche Gespräche mit Kunden über Stundungen und Moratorien schon mal das eine oder andere strategische Projekt hintangestellt. Prominentestes Beispiel ist sicherlich die Verschiebung der Gespräche der Sparkassen-Finanzgruppe über die Zusammenführung von mindestens Helaba und Deka zu einem Spitzeninstitut. Doch nicht nur ganz oben wurde das eine oder andere Fusionsprojekt zunächst vertagt. Entsprechend verzeichnete der Genossenschaftsverband – Verband der Regionen im vergangenen Jahr „nur“ 11 Zusammenschlüsse in seinem Verbandsgebiet. Deutlich weniger als in den Jahren zuvor. Läuft sich die Konsolidierungswelle also langsam etwas müde, jetzt, wo sich die Zahl der Volksbanken und Raiffeisenbanken der vor einiger Zeit einmal als Untergrenze festgelegten Marke von 800 Instituten spürbar annähert?

Vermutlich nicht. Denn die Treiber der Strukturveränderung wirken unverändert fort, wie der Vorstandsvorsitzende des mit Abstand größten regionalen Genossenschaftsverbandes, Ingmar Rega, richtigerweise feststellt: „Das sind die stetig voranschreitende, zunehmend international geprägte Regulatorik, die Negativverzinsung mit den wegen Corona fortgeführten Anleihekäufen und die umfangreichen Investitionen in die Digitalisierung.“ Darauf müssen die Institute reagieren. Sie tun das einerseits mit einer Weiterentwicklung des eigenen Geschäftsmodells, noch stärker in die digitale Welt hinein, ohne den differenzierten Zuschnitt auf Mitglieder und regionale Merkmale gänzlich aus den Augen zu verlieren. Sie tun das zudem mit der Hebung von Effizienzpotenzialen im eigenen Haus ebenso wie im Verbund. Die Schließung von Filialen verliert dabei offensichtlich ein wenig an Bedeutung, denn wie Rega ausführte, planen nur noch 36 Prozent der Mitgliedsinstitute in den kommenden beiden Jahren eine Zusammenlegung von Filialen. Und sie tun das weiterhin mit Zusammenschlüssen: Für das laufende Geschäftsjahr sind bereits 16 Fusionen im Verbandsgebiet angemeldet. Business as usual also.

Auch ansonsten gleichen die Mühen der Volksbanken und Raiffeisenbanken aus Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen denen aller anderen Banken in Deutschland auch: 2020 war geprägt von einem kräftigen Einlagenwachstum plus 8,9 Prozent auf 385 Milliarden Euro), wobei vor allem das Parken in täglich fällige Spareinlagen besonders stark zunahm (plus 14,2 Prozent auf 280 Milliarden Euro). Das Wachstum im Kreditgeschäft konnte auch bei den Mitgliedsinstituten des Verbandes da nicht ganz mithalten. Das Kreditvolumen legte zwar um immerhin 6,4 Prozent auf 333 Milliarden Euro zu, der teure Einlagenüberhang wurde aber trotzdem wieder ein bisschen größer.

Das aggregierte Betriebsergebnis nach Bewertung der 349 Kreditgenossenschaften litt weiterhin in allererster Linie unter dem Niedrigzinsumfeld und ging um 600 Millionen Euro auf 3,9 Milliarden zurück. Rund 300 Millionen Euro betrug die Risikovorsorge im Kreditgeschäft, nach Zuschreibungen auf Wertpapiere im Jahr zuvor. Die Volksbanken und Raiffeisenbanken seien so ertragsstark und robust, dass sie die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie gut bewältigen können, fasst Rega zusammen. Die anderen, größeren Herausforderungen hoffentlich auch.

Sparkassen

Kölner Dilemma

„Wir bereiten uns mit Hochdruck darauf vor, die Anforderungen einer EZB-Bankenaufsicht erfüllen zu können!“ Diese Worte vom Vorstandsvorsitzenden der Kreissparkasse Köln, Alexander Wüerst, zeigen die ganze Problematik, mit der sich die erfolgreichen und weniger erfolgreichen Banken und Sparkassen dieser Republik auseinandersetzen müssen. Die extrem niedrig gehaltenen Zinsen führen zu einer Erosion der Zinserträge, da einerseits die Eigenanlagen immer weniger Ertrag abwerfen und andererseits auslaufendes Geschäft nur mit schlechter bepreistem Neugeschäft ersetzt werden kann. Das muss über Volumensteigerungen im Neugeschäft ausgeglichen werden. Entsprechend ist die Bilanzsumme der Kreis-

sparkasse Köln in den vergangenen Jahren von 24,62 Milliarden Euro Ende 2015 auf 28,6 Milliarden Euro Ende 2020 angestiegen. Damit nähert sie sich mit großen Schritten der magischen Schwelle von 30 Milliarden Euro, ab der Institute aus Deutschland der direkten Aufsicht der EZB unterstellt werden. Die Kölner wären damit die erste richtig öffentlich-rechtliche Sparkasse, der diese Ehre zuteilwird, denn die deutlich größere Hamburger Sparkasse ist eine sogenannte Freie Sparkasse.

2020 kam aber noch ein Sondereffekt hinzu: Aufgrund der mit der Corona-Krise verbundene Unsicherheit haben sich die Verbraucher beim Konsum spürbar zurückgehalten und mehr gespart. Als Folge stiegen die Einlagen bei der Kreissparkasse Köln um satte 1,63 Milliarden Euro auf 22,23 Milliarden Euro. Das ist der mit Abstand größte Zuwachs der vergangenen Jahre. Entsprechend sagt auch Wüerst: „Das schnelle Wachstum im vergangenen Jahr war von uns nicht forciert, sondern eine Folge des Einlagenwachstums.“ Der Vorstandschef, der seine 16. (!) Bilanzpressekonferenz als Vorsitzender absolvierte, geht aber davon aus, dass sich das in den kommenden Monaten wieder etwas relativieren werde, wenn Menschen wieder konsumieren und reisen können.

Mit 4,3 Milliarden Euro wurden noch einmal spürbar mehr Kredite ausgelegt als ein Jahr zuvor. Und trotzdem ist es nicht gelungen, die Zinsrückgänge auszugleichen. Der Zinsüberschuss sank um 21 Millionen Euro auf 365 Millionen Euro. Der Provisionsüberschuss legte zwar um 5 Millionen Euro auf 183 Millionen Euro zu, was aber natürlich nicht reichte. Allerdings machte sich Corona auch hier bemerkbar: Zum einen war das Versicherungsvermittlungsgeschäft, das sehr stark von persönlicher Beratung lebt, spürbar rückläufig, zum anderen verzeichnete auch das Konsumentenkreditgeschäft Rückgänge. Da die Verantwortlichen 2020 dazu nutzten, Vorsorge in Form von pauschalen Wertberichtigungen auf das Kreditportfolio in Höhe von 26 Millionen Euro zu betreiben, rutschte das Ergebnis vor Steuern unter die psychologisch so wichtige Marke von 100 Millionen Euro.

Doch Alexander Wüerst gibt sich kämpferisch: Die Kreissparkasse Köln habe entsprechende Maßnahmen eingeleitet, das auch in den kommenden Jahren rückläufige Ergebnis aus dem Zinsgeschäft „mehr und mehr abfedern zu können“. Es gebe keinen Anlass, an den 100 Millio-



nen Euro als Ziel für das Ergebnis vor Steuern etwas zu ändern. Denn mit einer Normalisierung nach Bewältigung von Corona werden auch das Versicherungsgeschäft und das Konsumentenkreditgeschäft wieder anspringen, ist sich Wüerst sicher. Dabei hofft er auch nicht auf „Unterstützung“ aus dem Verbund. Die großen Themen in Sachen Konsolidierung wie FI, DWP Bank und Deka seien geschafft, das Spitzeninstitut habe keine Priorität und eine Bereinigung auf Ebene der zahlreichen kleinen Verbunddienstleister sei „nicht kriegsentscheidend“. Alles in allem klingt das sehr überzeugend. Nur der Wunsch nach „einer klitzekleinen Zinserhöhung am langen Ende“ wird wohl leider nicht in Erfüllung gehen. Aber das haben die Kölner auch nicht in der eigenen Hand.

Förderbanken

ISB im Krisenmodus

Die Corona-Pandemie hat die landeseigene Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz, kurz ISB, einer absoluten Belastungsprobe unterzogen: „Das vergangene Jahr ist mit nichts vergleichbar. Wir wurden in besonders hohem Maße vor große Herausforderungen gestellt und haben die Unternehmen im Land mit Hilfen ausgestattet“, so ISB-Vorstandssprecher Ulrich Dexheimer anlässlich der Jahresauftakt-Presskonferenz.

Innerhalb der ersten vier Tage des Lockdowns gingen bei der Landesförderbank über 40000 Anträge im Rahmen der Soforthilfen des Bundes ein. Im ersten Halbjahr wurden insgesamt 69274 Zusagen in Höhe von 543,4 Millionen Euro erteilt. Zudem wurden etwa 30000 Beratungsgespräche mit Unternehmen geführt. Normalerweise bearbeitet das Institut rund 4500 Anträge (über alle Förderprogramme hinweg) pro Jahr! Und damit war die ISB noch lange nicht am Ende der Fahnenstange angekommen: Denn im Anschluss an die Bundessoforthilfen mussten noch die Überbrückungshilfen I und II ausgezahlt werden. Insgesamt wurden hier 9867 Anträge mit einem Volumen von 124,5 Millionen Euro bewilligt.

Rund 115 Millionen Euro Novemberhilfen flossen an insgesamt 12368 Unternehmen und Soloselbstständige. Bei den Dezemberhilfen wurden bereits 7258 Anträge in Höhe von 35,4

Millionen Euro genehmigt. Seit Februar 2021 können auch Anträge auf die Überbrückungshilfe III gestellt werden, allerdings hat die ISB hier „noch kein grünes Licht des Bundes“ erhalten, weshalb sich die Unternehmen zunächst mit Abschlagszahlungen abfinden müssen. Anträge wurden stellenweise mehrfach eingereicht – in einem besonderen Fall tatsächlich ganze 18 Mal – und wo Geld fließt, sind Betrugsversuche oft auch nicht weit. Um Subventionsbetrug vorzubeugen, informierte das Institut in etwa 600 Fällen die Staatsanwaltschaft. Eine Mammutaufgabe für die Belegschaft, die kurzerhand aufgestockt werden musste. Das alles wirkt sich natürlich auch auf die Bilanz des Instituts aus. So stellte das Haus wegen der Vielzahl an Überstunden und nicht eingelöster Urlaubstage insgesamt 1 Million Euro zurück.

Trotzdem ist das Institut sehr zufrieden. Denn die Mainzer Bank hat gemäß den vorläufigen Zahlen im vergangenen Jahr ihr Neugeschäftsvolumen um 18 Prozent auf 2,5 Milliarden Euro gesteigert. Mit einem Jahresüberschuss in Höhe von etwa einer Million Euro wurde das Vorjahresniveau erreicht. Die Bilanzsumme ist mit circa 9,31 Milliarden Euro um über eine Milliarde Euro angewachsen. Zudem kann die ISB das höchste Zuschuss- und Kreditvolumen in der Wohnraumförderung mit einer Anzahl von 2848 geförderten Wohneinheiten verzeichnen (2560). Das Fördervolumen konnte demnach auf 337,7 Millionen Euro erhöht werden (232,8 Millionen Euro). Etwas schlechter lief es dagegen im Wohneigentumsprogramm, da sich die Nachfrage aufgrund der Unsicherheit im Zusammenhang mit der Pandemie um 15 Prozent auf 129,1 Millionen Euro reduzierte. Ebenso um 28 Prozent rückläufig – und vermutlich aus ähnlichen Gründen – sah es bei den klassischen Investitions- und Betriebsmitteldarlehen aus: 691 Zusagen hat die ISB im Jahr 2020 ausgesprochen, 2019 waren es noch 927. Diese Zahlen dürften sich aber mit Blick auf die Bewältigung der Pandemie wieder normalisieren.

Perspektivisch betrachtet wird die kommende Phase der Pandemie die Förderbank noch sehr stark fordern, aber das Institut hat bereits bewiesen, wie wichtig es für die deutsche Wirtschaft ist: „Förderbanken sind gerade in Krisenzeiten stark gefragt. Die ISB hat der rheinland-pfälzischen Wirtschaft durch die schnelle und gründliche Auszahlung der Corona-Hilfen enorm geholfen“, erklärt Finanzstaatssekretär Dr. Stefan Weinberg.